

## Newsletter November 2011

Der Newsletter des Bündnisses für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) erscheint einmal monatlich und informiert über die Aktivitäten des BfDT und der unter dem Dach des Bündnisses versammelten zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Die vollständigen Artikel finden Sie als Druckversion in der Anlage.

Falls Sie den Email-Newsletter nicht mehr beziehen möchten, können Sie sich unter folgendem Link selbstständig austragen: [Newsletter abmelden](#)

Machen Sie mit und werden Sie Mitglied beim BfDT!

### INHALTSVERZEICHNIS

#### **In eigener Sache**

- Das Bündnis für Demokratie und Toleranz sucht PraktikantInnen!

#### **BfDT Aktuelles**

- Rückblick: 4. Wunsiedler Forum am 14. November 2011
- Als das Blatt sich wendete – Ausstellung zu Birkenwerders Geschichte 1989/1990
- Jung, dynamisch, islamfeindlich. Rezension "WIR oder Scharia"?

#### **BfDT Vorschau**

- Fachkonferenz „Nah dran – wir gestalten Demokratie“ am 24. und 25. November
- Einladung: „Engagiert gegen Extremismus“ am 2. und 3. Dezember
- Bundesweite Fachtagung „Sport mit Courage“ am 6. Dezember 2011
- Sonderveranstaltung "Gewaltprävention" am 3. und 4. Februar 2012 in Hamburg

#### **BfDT Rückblick**

- Leipziger Demokratiekonferenz am 13./14. Oktober 2011
- Rückblick: „Lebst du schon oder schweigst du noch?“ am 18. Oktober 2011
- „Wir müssen die Kinder stark machen!“ - Ein Nachmittag für das Ehrenamt
- Tagung des Beratungsnetzwerks verein(t) gegen Rechtsextremismus im Sport
- Tagung der Stiftung Lebendige Stadt vom 9. bis 11. November in Dortmund
- Jugendbegegnung zum Volkstrauertag 2011 in Berlin

#### **BfDT Mitglieder berichten**

- Familien im Stadtteil (FiS) – Nachbarschaftliche Hilfe für Bremerhaven
- Erbacher Jugendprojekt: „Fußball und Musik – Sport, Spaß und Integration“

### **Das Bündnis für Demokratie und Toleranz sucht PraktikantInnen!**

Ab sofort sucht das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) wieder engagierte PraktikantInnen, die mindestens drei Monate lang in die abwechslungsreiche Arbeit einer politischen Einrichtung hineinblicken möchten. Als Schnittstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft fallen bei uns täglich spannende Aufgaben aus allen Feldern der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung an. Dazu zählen inhaltliche Recherche und Aufbereitung von Themen ebenso wie die Erstellung von Konzepten für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und aktuell die Vorbereitung der Sonderveranstaltungen des BfDT. PraktikantInnen werden eng in diese inhaltlichen und organisatorischen Aufgaben eingebunden – dadurch lernen Sie alle Aspekte der Arbeit und Struktur einer politischen Einrichtung kennen.

Voraussetzungen für ein Praktikum beim BfDT sind die Immatrikulation an einer Hochschule, fundierte Kenntnisse gesellschaftspolitischer Themen, gute anwendungsbezogene IT-Kenntnisse (Office-Anwendungen, Internet-Recherche) und ein sehr gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen. Wir erwarten von den PraktikantInnen Teamfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit. Eigenes zivilgesellschaftliches Engagement oder praktische Erfahrungen in mindestens einem der Themenbereiche des BfDT (siehe Homepage unter: [www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)) sind erwünscht. Außerdem sollten Sie ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit und Kreativität mitbringen, da PraktikantInnen beim BfDT auch eigene Ideen einbringen und umsetzen können.

Das Praktikum wird mit einer Aufwandsentschädigung vergütet.

### **Haben Sie Interesse?**

Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen! Bitte geben Sie unbedingt den gewünschten Praktikumszeitraum an und senden Sie Ihre Bewerbung an das

Bündnis für Demokratie und Toleranz  
Stichwort: Praktikum  
Friedrichstraße 50  
10117 Berlin

oder per E-Mail an [buendnis@bpb.bund.de](mailto:buendnis@bpb.bund.de).

Bei Rückfragen sind wir telefonisch unter 030 / 25 45 04 466 erreichbar.

### **Rückblick: 4. Wunsiedler Forum am 14. November Die Rolle der Medien beim zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Extremismus**

Rund 150 Rechtsextreme kamen am vergangenen Sonntag, dem Volkstrauertag, nach Wunsiedel. Sie machten sich einen Tag zu eigen, der allen Opfern von Krieg und Gewalt gilt, um ihre rechte Ideologie kundzutun. Einen Tag später kamen rund 100 Menschen aus Verwaltungen, Kirchen, Kommunen, Medien, Initiativen und Verbänden in der Wunsiedler Fichtelgebirgshalle zusammen, um nicht nur über jenen Missbrauch zu debattieren, sondern auch um die Rolle der sogenannten vierten Gewalt in den Blick zu nehmen.

Insbesondere mit der Aufdeckung einer erschreckenden Mordserie der rechtsextremen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“, die über Jahre hinweg unentdeckt ausländische Kleinunternehmer und eine Polizistin tötete sowie mehrere Anschläge verübt haben soll, bekam das Thema Rechtsextremismus eine andere Dimension. Stehen zur Zeit die Behörden und ihr Verhalten im Fokus des öffentlichen Interesses, sind es doch die bundesweiten Medien, die dieses Thema aufgreifen und unterschiedlich

aufarbeiten. Wie also gehen Medien - auch außerhalb solch erschreckender Ereignisse - mit dem Thema Rechtsextremismus um? Welche Grenzen sind ihnen gesetzt? Welche Grundsätze der Öffentlichkeitsarbeit können sich zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zu eigen machen, um ihre Arbeit und ihre Anliegen angemessen mit Hilfe der Medien in der Öffentlichkeit zu platzieren? Alle jene Fragen waren Gegenstand der Diskussionen und vertiefenden Workshops beim 4. Wunsiedler Forum.

Immer im Herbst, seit 2007, bringen die Stadt Wunsiedel, das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) sowie das Bayrische Bündnis für Toleranz und Menschenwürde die unterschiedlichsten Akteure zusammen, um über aktuelle Themenschwerpunkte zu diskutieren. Aktualität stand dann zugleich auch auf der Agenda der Podiumsteilnehmer, zu denen u.a. Andreas Bönnte, Programmbeauftragter des Bayerischen Rundfunks (BR) und Leiter des Programmbereichs Planung und Entwicklung, Ulrich Chaussy, freier Journalist aus München, Dr. Miriam Heigl von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus in München sowie Werner Schnabel vom Bamberger Bündnis zählten. Schnabel war es dann auch, der die Meinungsfreiheit zu Beginn des Gesprächs als wichtigste Freiheit in einer Demokratie definierte und aufgriff, was vielen der Anwesenden aus der eigenen Arbeit bekannt war – wie schwierig es ist, die unterschiedlichen Erwartungen von Medien und Publikum zusammenzubringen. Jene Differenzierung nahm Andreas Bönnte auf und verwies auf die Grenzen, denen Medien unterliegen. Dazu zählen für ihn insbesondere strukturelle Gegebenheiten wie Platzmangel, der Redaktionsschluss oder auch Zeitdruck. Dennoch kommt den Medien eine wichtige Aufgabe zu: Sie müssen für Demokratie im Allgemeinen und ihre Prozesse im Besonderen begeistern. Ulrich Chaussy, der seit über dreißig Jahren als Journalist über Rechtsextremismus berichtet, fordert von seinen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in diesem Themenfeld gut vorbereitet zu sein, damit sie „Aufklärung über konkrete geschichtliche und politische Zusammenhänge leisten könnten.“ Diesem Aufruf schloss sich Bönnte an. Eine sehr gute Recherche sei die unbedingte Voraussetzung für die Berichterstattung, so der Programmbeauftragte des BR.

In seiner Eröffnungsrede betonte Markus Priesterath vom BfDT die Wichtigkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement und Vernetzung von Initiativen, die sich gegen Extremismus engagieren. Dabei müssten Engagierte auch eng mit den Medien zusammenarbeiten, um demokratische Werte in die Öffentlichkeit zu tragen. Vertreter der Medien seien Teil einer wachen und aktiven Zivilgesellschaft und müssten sich dieser Verantwortung annehmen.

Auch Karl-Willi Beck, Bürgermeister der Stadt Wunsiedel, begrüßte die Teilnehmenden des Forum, hielt sich aber ebenso wie Markus Priesterath kurz, um nicht nur der intensiven Diskussion mehr Raum zu geben, sondern auch um die aktuellen Ereignisse in einen prägnanten Kontext zu setzen. Er berichtete, dass er als Bürgermeister zufrieden sei mit der regionalen wie bundesweiten Berichterstattung über die Ereignisse im Wunsiedel. Dass nicht alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wunsiedler Forums sich diesem Lob anschließen vermochten, wurde in den darauffolgenden Workshops deutlich. So berichtete der Berliner Journalist Jens Thomas gemeinsam mit Susanne Hassen, Journalistin aus Bayern, von den zentralen Faktoren, die eine Nachricht ausmachen, wie Konflikt, Aktualität und Dramatik und erläuterte dies anhand der Themen des Wunsiedler Forums. Einer der Workshopteilnehmer warf ein, dass er es schwierig finde, den aus seiner Sicht zum Teil verkürzenden Mechanismen der Medien nachzugeben und nach Zeitfenstern und Nachrichtenwert ausgerichtet die Pressearbeit seines Vereins zu betreiben. Diese Kritik konnten die Referenten gut nachempfinden, verwiesen jedoch darauf, dass es nicht um gut oder schlecht, falsch oder richtig ginge, sondern dass es wichtig für die eigene erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit sei die Handlungsmechanismen des anderen zu verstehen. In seinem Workshop „Rechtsextremismus - (k)ein Thema für eine Regionalzeitung!?“ berichtete Otto Lapp, Redakteur bei der Mediengruppe Oberfranken, von seiner Vorgehensweise, wenn er über Rechtsextremisten berichtet: „Man muss mit ihnen reden“, ist seine Devise und er erzählte von einem Landkreis in Bayern, wo man aus Sorge vor ausbleibenden Touristen und sich nicht ansiedelnden Firmen Probleme mit Rechtsextremismus verleugne. Lapp riet davon ab, solche Vorkommnisse unter den Teppich zu kehren.

Am Ende der Workshops kamen alle Forumsteilnehmenden im Plenum zusammen. Sie gaben sofort eine Rückmeldung zu den Inhalten der Tagung und begrüßten das breitere Angebot an Workshops, merkten aber auch an, dass es für die inhaltliche und vertiefende Auseinandersetzung mehr Zeit bedürfe. Schließlich stand die Frage im Raum: Welches Schwerpunktthema wird im Jahr 2012 das Forum dominieren? Markus Priesterath, Leiter der Themenbereiche Extremismus und Antisemitismus beim Bündnis,

griff den roten Faden der Eingangsdiskussion auf: „Wie können wir Demokratie und demokratische Prozesse wieder attraktiver für jede Bürgerin und jeden Bürger gestalten? Denn schließlich sind „Medien ein Teil dessen, was das Innerste unserer Demokratie zusammenhält. Sie tragen Verantwortung, wenn es darum geht, Missstände ans Tageslicht zu bringen, Verantwortliche zu benennen und auch darüber zu berichten, was positive Realität in Deutschland ist“. Diesen positiven Einfluss zu nutzen, aber auch andere gesellschaftliche Akteure aufzufordern, für mehr Teilhabe an politischen Prozessen zu begeistern, ist der Arbeitsauftrag, den die Kooperationspartner für das kommende Jahre mitnehmen.

---

## **Als das Blatt sich wendete – Ausstellung zu Birkenwerders Geschichte 1989/1990**

**Eröffnung am 9. November in der Evangelischen Kirche Birkenwerder**

„Birkenwerder – ein Ort im Grünen“ wirbt die kleine Gemeinde nördlich von Berlin für sich. Doch Birkenwerder ist mehr als nur ein Ferienort für Naturfreunde; Birkenwerder ist auch ein Ort, an dem deutsche Geschichte geschrieben wurde. Zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 erlebte auch Birkenwerder mit seinen fast 6000 Einwohnern den Zusammenbruch der DDR, die Öffnung der Mauer und den Neustart in einem vereinten Deutschland.

Birkenwerder ist kein politisches Zentrum, doch die großen politischen Entscheidungen hat die Gemeinde miterlebt: Erste Eindrücke aus Berliner Betrieben sickerten nach und nach in die Gegend, viele spürten schnell, dass die staatliche Propaganda nichts mehr mit ihrer Lebenswelt zu tun hatte. Später kam es zu Versorgungsengpässen, Wohnraumangel, staatlicher Gängelung, Bevormundung und sogar zu einer offensichtlichen Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen im Mai 1989. Viele Bewohner brachen kurze Zeit später in den Westen auf, andere blieben in Birkenwerder und traten friedlich für Presse- und Redefreiheit ein. Einige gründeten illegal die Sozialdemokratische Partei (SPD) im nahe gelegenen Schwarte mit.

Exemplarisch für viele ostdeutsche Orte präsentiert Birkenwerder nun eine Ausstellung, in der seine Geschichte von der letzten gefälschten Kommunalwahl bis hin zur ersten demokratischen Kommunalwahl 1990 dargestellt wird. Diese Entwicklung wird ab dem 9. November 2011 in der Evangelischen Kirche Birkenwerder nachzuverfolgen sein, unter den Exponaten befinden sich zahlreiche Fotos, Dokumente und niedergeschriebene Zeitzeugenaussagen, die das Leben in der DDR widerspiegeln. An der feierlichen Eröffnung der Ausstellung, bei der Markus Priesterath vom Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) die über 200 Gäste auch im Namen des Bündnisses begrüßte, nahmen auch Norbert Hagen, Bürgermeister von Birkenwerder, und Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, teil.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) hat die Ausstellung finanziell unterstützt und war auch bei der Eröffnung vertreten. Demokratieförderung gehört seit Jahren zu den Kernthemen des Bündnisses, das mit seiner Arbeit nicht nur demokratische Teilhabe aller Bürger zu fördern und ermöglichen versucht, sondern auch Aufklärung über Diktaturen und Unterdrückung zu seinen Kernthemen zählt.

Die Ausstellung ist noch bis Februar 2012 zu besichtigen. Neben der Dauerausstellung veranstaltet die Evangelische Kirche Birkenwerder weiterführende Informationsabende, die zum Beispiel näher in die wirtschaftlichen Verhältnisse Birkenwerders einführen. Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage des Veranstalters. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz und die Evangelische Kirche Birkenwerder freuen sich über Ihr Interesse!

### **Kontakt und Öffnungszeiten:**

Evangelische Kirche  
Hauptstraße 52  
16547 Birkenwerder

Öffnungszeiten: 19. und 20. November, 11-18 Uhr und zu den Sonderveranstaltungen  
[www.birkenwerder1989.de](http://www.birkenwerder1989.de)

---

## **Jung, dynamisch, islamfeindlich – neue Strategien der rechtsextremen Szene Rezension der Fachtagungspublikation „WIR oder Scharia“?**

„Habt Ihr auch gemerkt, dass es in NRW Stadtteile gibt, die man als Deutscher gar nicht mehr betreten darf?“, wendet sich der Flyer mit einem erfundenen Schreckensszenario an fast 3000 Schülerlandesvertretungen in Nordrhein-Westfalen. Die NPD versucht mehr und mehr, neue Zielgruppen durch bürgerliche Themen zu gewinnen. Eines davon ist die Angst vor Überfremdung. „WIR oder Scharia“ heißt der Wettbewerb, den die Jugendorganisation der NPD „Junge Nationaldemokraten“ (JN) 2010 ins Leben gerufen hat, um Jugendliche gegen Migranten und Deutsche mit Migrationshintergrund zu mobilisieren: Jeder kann mitmachen und seine Idee, wie man Überfremdung in Deutschland verhindern kann, einreichen – egal ob als Film, CD, T-Shirt oder Grafik.

Dies ist nur eines der Beispiele, die Thomas Pfeiffer für islamfeindliche Kampagnen der rechtsextremen Szene in Deutschland beschreibt. In dem von ihm und Wolfgang Benz herausgegebenen Sammelband „WIR oder Scharia? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention“ stellen Wissenschaftler und Experten aus der Praxis Erfolgsaussichten islamfeindlicher Kampagnen und wirksame Gegenmaßnahmen vor. Entstanden ist das Buchprojekt auf einer gleichnamigen Fachtagung, die die DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh und das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen am 23. November 2010 veranstaltet haben.

Spätestens seit der Aufdeckung über die Morde der Neonazi-Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ ist klar: Ausländer- und besonders Islamfeindlichkeit ist ein wichtiges Thema für den modernen Rechtsradikalismus. Das Mobilisierungspotential dieses Themas zeigt Politikwissenschaftler Dr. Rob Witte mit einem Blick auf die Niederlande. Dort ist der Rechtspopulist Geert Wilders seit Jahren mit dem Schüren von Überfremdungsängsten erfolgreich, seit 2010 sitzt seine Partei PVV sogar als drittstärkste Partei im Parlament. Dies verdeutlicht das bedrohliche Potential der Islamfeindlichkeit, die auch in Deutschland seit 2009 kontinuierlich ansteigt, zum Beispiel mit der rechtspopulistischen Partei „pro Deutschland“. Prof. Dr. Andreas Zick, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld, warnt deshalb vor der „antidemokratischen Macht des Vorurteils“, die in allen gesellschaftlichen Schichten vertreten ist und verheerende Auswirkungen haben kann.

Wie schnell Vorurteile in die Diskriminierung einer Minderheit umschlagen können, verdeutlicht der Aufsatz des Historikers und Beiratsmitgliedes des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, Wolfgang Benz. Benz erläutert in seinem Aufsatz „Islamfeindschaft und Antisemitismus“ einen Zusammenhang zwischen beginnender Muslimfeindschaft heutzutage und Antisemitismus in den Dreißiger Jahren. Er erklärt, wie sich Vorurteile als Katalysatoren für Frustration verdichten und zu Feindbildern werden. Durch einen geschichtlichen Rückblick wird deutlich, dass die Propagandamuster, die zur Diskriminierung von Juden und Muslimen benutzt wurden/werden, ähnliche Züge tragen. Dazu gehören: Beschuldigungen, die andere Religion sei inhuman, bis hin zu Verschwörungstheorien oder panischen Überfremdungsszenarien.

Doch das Buch sammelt nicht nur Erklärungsmuster der Islamfeindlichkeit. Im letzten Teil werden Möglichkeiten aufgezeigt, dieser erfolgreich entgegenzutreten. Hier berichten Praktiker von konkreten Projekten und ihren Umsetzungsmöglichkeiten. Eines dieser Projekte ist die „Toleranzampel“, vorgestellt von Diplom-Pädagoge Hans-Peter Killguss, der als Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln täglich mit Jugendlichen zu diesem Thema arbeitet. Er fordert vermehrte „rassismuskritische Bildung“ für Jugendliche, die aufklärt und gesellschaftliche Strukturen hinterfragt, ohne zu belehren. Eine Möglichkeit, für kulturelle Unterschiede zu sensibilisieren und Toleranz zu stärken ist jenes Spiel der „Toleranzampel“, bei der Jugendliche Aussagen – wie etwa „In der Nachbarschaft der Schule soll eine Moschee gebaut werden“ - je nach Grad der Zustimmung einer Ampelfarbe zuordnen und anschließend mit der ganzen Gruppe darüber diskutieren. So sollen Schüler lernen, Argumente sachlich vorzubringen und andere Meinungen zu akzeptieren.

Wie viele Schüler durch diese Methode an ein toleranteres Miteinander herangeführt werden, lässt sich nicht messen. Doch jeder Versuch gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen, ist eine wichtige Stütze unserer demokratischen Gesellschaft. Auch wenn der Einsatz gegen Vorurteile manchmal frustrierend sein kann,

betonen die Autoren in ihren Beiträgen auch Erfolgserlebnisse aus dem Alltag. Und auch die Fachtagung „WIR oder Scharia“ ist einer dieser Erfolge, die zeigen, wie engagiert die Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus vorgeht. So auch das Resümee von Herausgeber Wolfgang Benz: „Mich hat eines sehr gerührt: Als ich ankam und das Polizeiaufgebot sah, fragte ich mich, wo eigentlich die Demonstranten sind, die angekündigt hatten, gegen die Aufklärung zum Thema Islamfeindlichkeit zu protestieren. Ich habe sie nicht gefunden.“

*„WIR oder Scharia'? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention.“ Herausgegeben von Wolfgang Benz und Thomas Pfeiffer. Wochenschau Verlag, 2011. 192 Seiten. 19,80 €. ISBN 978-3-89974672-3.*

## **BFDT VORSCHAU**

### **Demokratische Teilhabe fördern – Rechtsextremismus erfolgreich bekämpfen Fachkonferenz „Nah dran – wir gestalten Demokratie“ am 24. und 25.11. in Potsdam**

Wer alt genug ist, zieht weg: so sieht der traurige Alltag in vielen ländlichen und strukturschwachen Gegenden Ostdeutschlands aus. Mit den Jugendlichen ziehen sich zu oft auch die demokratischen Parteien zurück und hinterlassen damit die politische Bühne der rechtsextremen NPD. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern konnte sie so in einigen Dörfern des Bundeslandes auf 28,9 Prozent kommen, in Koblenz sogar auf 33,3 Prozent.

Doch auch auf dem strukturschwachen Land gibt es immer wieder mutige und engagierte Akteure, die sich für eine demokratische Gesellschaft stark machen: Sie engagieren sich in Jugendtreffs, Kirchengruppen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr. Nicht nur in Ostdeutschland etablieren diese Gruppen demokratische Teilhabe als wichtigen Bestandteil unserer Gesellschaft und stärken damit den Zusammenhalt in ihrer Gemeinde.

Gerade in Gegenden, in denen demokratische Werte nicht immer eine Selbstverständlichkeit sind, ist dieses Engagement wichtig. Deswegen hat das Bundesministerium für Inneres (BMI) zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die als ständiger Partner eng mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) zusammenarbeitet, ein Programm zur Förderung demokratischer Aktivitäten in strukturschwachen Gegenden Ostdeutschlands initiiert. „Zusammenhalt durch Teilhabe“ heißt das Bundesprogramm, das demokratische Vereine, Verbände, Kommunen und Bürgerbündnisse finanziell und ideell unterstützt. Vom 24. bis zum 25. November 2011 findet in Potsdam die erste Fachkonferenz des Programmes statt, veranstaltet von der Deutschen Jugendfeuerwehr. Hier können sich engagierte und Interessierte über Fragen und Probleme austauschen: Wie können mehr Mitglieder für den Verein gewonnen werden und wie können wir gemeinsam für eine demokratische Gesellschaft eintreten? Diese Fragen werden die über 200 Teilnehmer unter anderem in kleinen Gruppen und im Plenum diskutieren. Neben den Diskussionen geben Expertenvorträge neue Impulse und Denkanstöße.

Auch das Bündnis für Demokratie und Toleranz wird die Fachkonferenz „Nah dran – wir gestalten Demokratie“ mit einem Infostand begleiten, um Akteure der demokratischen Gesellschaft über Möglichkeiten der Unterstützung zu informieren und um ins Gespräch miteinander zu kommen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

---

**Einladung: „Engagiert gegen Extremismus“ am 2. und 3. Dezember 2011 in Schwerin**  
**Eine Kooperationsveranstaltung von „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ in Mecklenburg-Vorpommern und dem Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT)**

„Engagiert gegen Extremismus – Gelebte Demokratie und aktive Zivilgesellschaft“ ist das Thema der Fachtagung, die das BfDT gemeinsam mit dem Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ aus Mecklenburg-Vorpommern am 2. und 3. Dezember im Schweriner Schloss veranstaltet. Alle Interessierten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen!

Mit der gemeinsamen Tagung wollen die beiden Bündnisse zu zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Extremismus und Diskriminierung anregen und bereits Aktive in ihrem Engagement unterstützen. Gerade in strukturell schwächeren Regionen finden Rechtsextreme einen guten Nährboden für ihre ausgrenzenden Ansichten und Aktivitäten. Um ihnen die Landkreise und Kommunen nicht kampflos zu überlassen, sondern gegenzusteuern, braucht es viel Kraft, Zivilcourage und Engagement. Die Zivilgesellschaft muss deutlich machen, dass sie Ausgrenzung, menschenverachtendes Gedankengut und die Diskriminierung von Menschen nicht-deutscher Herkunft nicht toleriert. Wer sich mit anderen zusammentut und aktiv ist, kann rassistisches und rechtsextremes Gedankengut ins Abseits drängen. Die Tagung dient daher zum einen als Forum der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure und engagierter Bürger. Zum anderen will sie durch fachliche Beiträge, praktische Tipps und Handlungsempfehlungen zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort stärken.

Eröffnet wird die Veranstaltung von der Landtagspräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns Sylvia Bretschneider. Für einen ersten kulturellen Einstieg in das Thema sorgt die Schauspielerinnen und Regisseurin Mo Asumang, die Sequenzen aus ihrem Dokumentarfilm "Roots in Germania" vorstellen wird. Anschließend wird es neben einer Podiumsdiskussion und fachlichen Kurzreferaten ein inhaltliches Workshopprogramm mit Experten der zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Extremismus geben. Zu Themen wie "Macht mal was - Zivilgesellschaft soll es leisten", „Verantwortung von Kommunen und gesellschaftlichen Strukturen in Zeiten knapper Kassen“ oder „Vereine im Dilemma: Sport als Katalysator gesellschaftlicher Partizipation und/oder als Sprungbrett für Extremisten?“ wird es eine intensive Arbeitsphase mit den TeilnehmerInnen der Konferenz geben.

Wir freuen uns, Sie auf der Tagung begrüßen zu dürfen! Weitere Informationen finden Sie im Ablaufplan und im Anmeldeformular.

**Kontakt:**

Markus Priesterath  
Friedrichstraße 50  
10117 Berlin  
Tel. 030-254504-463  
[markus.priesterath@bpb.bund.de](mailto:markus.priesterath@bpb.bund.de)

---

**Bundesweite Fachtagung „Sport mit Courage“ am 6. Dezember 2011**  
**Eine Kooperationsveranstaltung der Deutschen Sportjugend (dsj/DOSB) und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT)**

„Sport mit Courage“ ist der Titel der bundesweiten Fachtagung in Frankfurt am Main, die das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) am 6. Dezember 2011 gemeinsam mit der Deutschen Sportjugend (dsj/DOSB) veranstaltet. Interessierte Sportler, Haupt- und Ehrenamtliche in Vereinen und Multiplikatoren der Sozialarbeit oder z.B. aus Schulen sind herzlich eingeladen, an der kostenlosen Veranstaltung teilzunehmen und sich über Strategien gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung im Breitensport zu informieren.

Mit der Veranstaltung will das BfDT, dem mit der Deutschen Sportjugend ein starker

Partner aus der Sport-Praxis zur Seite steht, auf die Problematik rechtsextremistischer Tendenzen und Aktivitäten in Sportvereinen aufmerksam machen. Während Rechtsextremismus im Fußball durch eine intensive Aufklärungsarbeit in den letzten Jahren vielfach thematisiert und behandelt wurde, ist die Problematik in den übrigen Sportarten noch weniger präsent. Nichtsdestotrotz kommt es bei allen Sportarten im Rahmen von Vereinsaktivitäten immer wieder zu rechtsextremistischen, diskriminierenden oder ausgrenzenden Vorfällen. Vereinsmitglieder nicht-deutscher Herkunft werden beleidigt und bedroht. Rechtsextreme Jugendliche, Eltern oder sogar Betreuer versuchen im Verein Einfluss zu nehmen.

Hier gilt es klar gegenzusteuern und Courage zu zeigen, um ein klares Zeichen gegen Extremismus, Rassismus und Diskriminierung zu setzen. Jeder Einzelne kann im Verein und beim Sport selbst seinen Teil dazu beitragen. Vereine können praktische und vergleichsweise einfache Maßnahmen wie z.B. eine Satzungsänderung mit Ausschlussklauseln vornehmen, um gegen Rechtsextremisten im Verein vorzugehen. Hier möchte die Fachtagung „Sport mit Courage“ praktische Informationen und Hilfestellungen geben. In zwei Workshopphasen werden die Teilnehmer am 6. Dezember im Frankfurter Haus der Jugend Gelegenheit haben, sich über die Thematik zu informieren und viele umfassende Tipps zu erhalten. Experten wie Angelika Ribler von der Hessischen Sportjugend und dem Journalisten Ronny Blaschke führen in die Codes und Symbole der rechten Szene und in praktische Maßnahmen gegen Rechtsextremisten im Verein ein. Um den ohnehin bereits mit den regulären Vereinsaktivitäten vollauf ausgelasteten Ehrenamtlichen zur Seite zu stehen, werden darüber hinaus praktische Tipps zu Netzwerkarbeit, Gelderakquise und Projektmanagement in den Workshops „Fundraising – Ehrenamtliche Arbeit stärken durch Förderung und Eigeninitiative“ und „Interkulturelle Öffnung und Netzwerkarbeit“ vermittelt.

Anknüpfend an die erfolgreichen Regionaltouren „Vereine stark machen“ zum Thema Rechtsextremismus im Fußball, die das BfDT mit verschiedenen regionalen und überregionalen Partnern wie der dsj in den Jahren 2008 bis 2010 durchgeführt hat, soll die Fachtagung „Sport mit Courage“ als informierende Auftaktveranstaltung dienen, der eine Reihe von regionalen Praxisveranstaltungen folgen werden.

Nähere Informationen zur Veranstaltung und zum Anmeldeprozedere finden Sie in der Vorankündigung und in dem in Kürze erscheinenden Programmflyer. Eine Reisekostenerstattung in Höhe von bis zu 50 Euro pro Teilnehmer (nach Vorlage der Belege) ist möglich. Wir freuen uns, Sie am 6. Dezember in Frankfurt am Main zu begrüßen!

#### **Kontakt:**

Josephine Steffen  
Friedrichstraße 50  
10117 Berlin  
Tel. 030-254504-464  
[josephine.steffen@bpb.bund.de](mailto:josephine.steffen@bpb.bund.de)

---

#### **Rück- und Ausblick des BfDT-Themenbereichs Gewaltprävention Sonderveranstaltung am 3. und 4. Februar 2012 in Hamburg**

Seien es brutale Übergriffe im Öffentlichen Nahverkehr oder Hetze von Mitschülern über das Internet - Gewalt kennt viele Ausdrucksformen. Ihr erfolgreich entgegenzutreten erfordert Zivilcourage. Das ist oft schwierig und führt zuweilen sogar zu Übergriffen auf diejenigen, die sich für andere stark machen. Doch gerade deswegen ist der Einsatz für Andere ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) unterstützt deshalb, seit seiner Gründung, bundesweit zivilgesellschaftliche Initiativen im Bereich der Gewaltprävention.

Seit elf Jahren ist das Bündnis auf diesem Gebiet aktiv. Zeit einen Rück- und Ausblick zu halten. Am 3. und 4. Februar findet aus diesem Grund die Fachtagung im Themenbereich Gewaltprävention im Moot Court der Bucerius Law School in Hamburg statt. Gemeinsam mit dem Verein und Aktiv-Preisträger „Gefangene helfen



Jugendlichen e.V.“ möchte das BfDT seine bisherigen Aktivitäten und Ziele Revue passieren lassen und erfolgreiche Modelle und Projekte aus diesem Bereich vorstellen. Dazu werden wir zusammen mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und ehrenamtlich Aktiven diskutieren, wie ein gemeinsames Engagement gegen Gewalt weitergehen soll und welche konkreten Folgeprojekte in Planung sind.

In den anstehenden zwei Tagen können die Teilnehmenden zwischen fünf verschiedenen Workshops wählen. Diese werden von Referenten aus dem ganzen Bundesgebiet geleitet. Unter anderem stehen die Themen „Zivilcourage trainieren – Bedingungen, Angebote, Folgerungen“ oder „Gemeinsam gegen Gewalt: Vorbilder schaffen – Menschen nachhaltig begleiten“ zur Auswahl. Wer sich bereits im Themengebiet Gewaltprävention engagiert, kann in dem Workshop „Die Zukunft wartet! Wie können sich Bündnisse und Initiativen in der Gewaltprävention stabilisieren und weiterentwickeln?“ neue Anregungen finden. Eine weitere Arbeitsgruppe behandelt das Thema „Mobbing – Bullying – Bashing: Neue Formen der Gewalt im Web 2.0“. Außerdem präsentiert sich der Verein „Gefangene helfen Jugendlichen e.V.“, der unter dem Motto „Es ist nie zu spät“ Präventionsprojekte im Jugendstrafvollzug vorstellt.

Nach der Workshopphase bietet sich die Gelegenheit, sich ein eigenes Bild von erfolgreichen Projekten gegen Gewalt zu machen. Interessierte können die Jugendvollzugsanstalt Santa Fu besuchen und die Projekte vor Ort kennen lernen, bzw. alternativ den Abend bei einer kulturellen Veranstaltung gemütlich ausklingen lassen.

Der Samstagvormittag wird dann dazu genutzt, Projektpläne oder frisch entstandene Ideen zu konkretisieren. Dabei werden zunächst Methoden zur gelungenen Realisierung eines Projekts vorgestellt und diskutiert, anschließend treffen sich die Workshopgruppen erneut, um das Gelernte auf ihre jeweiligen Themen anzuwenden.

Zu dieser Veranstaltung können Sie sich gerne bei uns anmelden! Das Bündnis für Demokratie und Toleranz freut sich auf Ihre Teilnahme und Ihre Ideen, um sich auch weiterhin erfolgreich im Themengebiet Gewaltprävention zu engagieren.

#### **Kontakt:**

Cornelia Schmitz  
Bündnis für Demokratie und Toleranz  
Friedrichstr. 50  
10117 Berlin  
cornelia.schmitz@bpb.bund.de  
Tel +49 (0)30 - 254 504 - 461  
Fax +49 (0)30 - 254 504 - 478

## **BFDT RÜCKBLICK**

### **Jugend und Politik im Dialog**

#### **„Wir sind Demokratie!“ - 2. Internationale Demokratiekonferenz in Leipzig, 13./14. Oktober 2011**

Am 13. und 14. Oktober 2011 fand die 2. Internationale Demokratiekonferenz in der Leipziger Oper und im Gewandhaus statt. Über 300 Jugendliche aus ganz Europa waren unter dem Motto „Wir sind Demokratie!“ mit dabei. Auch das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) war als Kooperationspartner vor Ort vertreten.

Ziel der Veranstaltung, die von der Stadt Leipzig in Kooperation mit zahlreichen Partnern organisiert und von Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, eröffnet wurde, war es, aktuellen Tendenzen der Politik- und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen entgegen zu wirken, indem Jugendliche hautnah mit Politikern in Berührung gebracht wurden. Sie sollten diskutieren, Politikern ihre Meinung sagen und eigene Ideen für die Zukunftsgestaltung Deutschlands und Europas entwickeln. Unter den politischen Vertretern waren Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien, Abgeordnete des Sächsischen Landtages sowie hochrangige Vertreter der Bundespolitik wie Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, Petra Pau und der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE, Gregor Gysi.

Das Programm sah eine freie Gestaltung der zwei Konferenztage nach dem Prinzip des *Open Space* vor, die ganz von den Jugendlichen selbst übernommen wurde. Als Ergebnis der Konferenz sollte ein von den Jugendlichen eigens erarbeitetes Demokratiemanifest entwickelt werden, das den Politikern am Ende der Tagung symbolisch übergeben wurde. Am ersten Konferenztag fanden sich die Jugendlichen in über zwanzig freien Workshops zusammen. Einzelne Konferenzteilnehmer schlugen Workshopthemen vor und moderierten diese aus dem Stegreif. Die Teilnehmer konnten frei von Workshop zu Workshop gehen und sich mal mehr, mal weniger in die Thematik einbringen – je nachdem, wie sehr sie die Inhalte interessierten. Daraus entstanden ca. 30 überaus lebhaft und überraschend disziplinierte Workshopsitzungen, die sich intensiv mit Inhalten wie „Direkte Demokratie“, „Demokratische Beteiligung in der Schule“, „Mitbestimmung und Teilhabe in der EU“, „Transparenz in der Politik“ oder „Finanz- und Währungspolitik“ befassten. Insbesondere auch die internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Europäischen Jugendparlaments und des Vereins MitOst e.V. trugen dazu bei, dass globale Themen aufgegriffen und intensiv diskutiert wurden. Die teilnehmenden Politiker gingen ebenfalls von Workshop zu Workshop oder standen den Jugendlichen im Dialog Forum Politik – einer eigens eingerichteten „Demokratie-Lounge“ – für informelle Gespräche zur Verfügung.

Abgeschlossen wurde der erste Konferenztag mit einer Diskussionsrunde mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, der sich den kritischen Fragen der Jugendlichen stellte. Unter anderem kamen die Stärken aber auch die Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen Jugend und Politik als Thema auf. So schwer es für die Jugendlichen oft ist zu verstehen, wie abstimmungsintensiv reale Politik ist, so schwierig ist es für die Politiker stets nah an den Sorgen und Probleme der Jugendlichen zu sein. Der Dialog wurde hier von vielen als zwingend notwendig genannt, denn nur durch das Gespräch können gegenseitige Interessen dargelegt und verstanden werden.

Am zweiten Konferenztag wurden die Ergebnisse der ersten Workshoprunden, die am Vorabend von einem Projektteam zu Kernthemen zusammengefasst wurden, in weiteren Workshopsitzungen diskutiert. Die Jugendlichen hatten die Aufgabe, zu diesen Kernthemen Statements und Forderungen für das Demokratiemanifest zu formulieren. Auch diese Arbeitsphase nahmen die Teilnehmenden sehr ernst, auch wenn es nicht leicht war, in der kurzen Zeit prägnante Thesen zu entwickeln. Nichtsdestoweniger entstanden rund 15 Kernpunkte für das Demokratiemanifest. Im Anschluss hatten die Jugendlichen die Möglichkeit zu wählen, welche der Punkte ihnen am wichtigsten waren. Als klare Sieger gingen hier die Themen „Direkte Demokratie“ und „Demokratie und Mitbestimmung in der Schule“ hervor. Die mangelnden Möglichkeiten der Partizipation, sei es in der Bildung oder bei großen politischen Entscheidungen, wurden in der Abschlussdiskussion mehrfach genannt. Einige der Politiker erwiderten darauf, wer mitbestimmen wolle, müsse auch etwas tun und sich engagieren. „Als ich zur Schule ging hat es mir nicht gepasst, dass es in meinem Heimatort keinen Jugendclub gab“, bemerkte eine Politikerin. „Daraufhin habe ich mit einen paar Freunden einen Ortsverein meiner Partei gegründet und den Jugendclub durchgesetzt!“ Die Hauptsache sei, dass man aktiv sei und sich für seine Interessen engagiere - ob dies nun in Parteien, in eigenen Vereinen und Bewegungen geschehe, sei dabei gar nicht so wichtig. Dem konnten die Jugendlichen nur zustimmen und machten mit ihrer regen Beteiligung an der Abschlussdiskussion deutlich, wie wichtig ihnen die Mitsprache bei politischen Themen ist.

Die 1. Internationale Demokratiekonferenz fand 2009 anlässlich der herausragenden Rolle der Stadt Leipzig für die deutsche Demokratie im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum des Mauerfalls statt. Die Planungen für die 3. Internationale Demokratiekonferenz in 2013 sollen bereits in Kürze beginnen.

---

### **Rückblick: „Lebst du schon oder schweigst du noch?“ am 18. Oktober in Berlin Die Kooperationsveranstaltung der Konrad- Adenauer-Stiftung und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz stand ganz im Zeichen der Sprache**

„Ich bin Deutscher mit Migrationsvordergrund“, so stellte sich der Comedian Abdelkarim vor und erzählte komische Anekdoten aus seinem Schulalltag als Bielefelder Hauptschüler mit marokkanischer Abstammung. Seine Erlebnisse rund um den Schulbesuch und seine drei Freunde, Ali, Ahmed und Murat, bereiteten einen gelungenen Einstieg in das Thema der Veranstaltung, die am 18. Oktober in Berlin stattfand. Anliegen der Kooperationsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT) in der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) war es aufzuzeigen, welche große Bedeutung die Sprache in unserem Alltag spielt und welche Schwierigkeiten es bereitet, nicht zu verstehen und verstanden zu werden. Damit richtete sich die Veranstaltung in erster Linie an Schüler mit Migrationshintergrund bzw. einer Zuwanderungsgeschichte, die in verschiedenen Workshops, angeleitet durch (Kommunikations-) Experten, auf ganz unterschiedliche Weise, ob diskursiv oder kreativ, das Thema Sprache bearbeiteten.

Kazim Erdogan, Neuköllner Psychologe mit türkischer Abstammung, berichtete im Workshop „Was Sprache bewegen kann – Eindrücke und Erfahrungen“ über seine Erlebnisse als „Fremder“ ohne Deutschkenntnisse und erläuterte, wie wichtig das Erlernen der Sprache für die Integration ist. Inka Bach, Schriftstellerin aus Berlin, ermutigte die TeilnehmerInnen ihres Workshops zu einer lyrischen Auseinandersetzung mit dem Thema: In einem „Schreibspiel“ wurden Textbausteine eines Buches, ergänzt durch eigene Zeilen, zu einem kleinen Gedicht zusammengefasst. Ingo Müller, Web 2.0-Experte und Filmproduzent, sowie Holger Doetsch, Kommunikationstrainer, bewiesen Flexibilität und legten ihre Workshops spontan zusammen, um so Theorie und Praxis bestmöglich miteinander zu verknüpfen. Mithilfe von Videoaufzeichnungen wurde den Teilnehmern ein Eindruck davon vermittelt, wie Sprache und Gestik zusammenspielen. Nach einer kurzen Einführung in die Theorie der Kommunikation simulierten sie Bewerbungssituationen, filmten und analysierten anschließend gemeinsam das Videomaterial. Dabei konnten die Schüler auch Verbesserungsvorschläge mit einbringen und Anregungen liefern, wie man potentielle Arbeitgeber durch sicheres Auftreten überzeugen kann.

Im Anschluss an die Workshopphasen wurden die unterschiedlichen Workshop-Ergebnisse vorgestellt bzw. vorgeführt und diskutiert. Besonderer Dank gilt an dieser Stelle jenen, die mutig auch ihre „Bewerbungsvideos“ vorführten und die Sprachspiel-Ergebnisse präsentierten!

Nach einem kurzen Feedback-Gespräch mit vielen Anregungen für alle Beteiligten, stand fest: Das Thema Sprache für die Integration ist von großer Bedeutung und wird in Zeiten zunehmender Globalisierung nicht an Aktualität verlieren. Denn: Sprache ist nicht nur Mittel der Verständigung, sondern Sprache bedeutet auch Identität und ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Schüler und Lehrer, die Veranstalter und die Referenten sind von dem Veranstaltungskonzept so überzeugt, dass bereits eine Folgeveranstaltung geplant ist. Die nächste Veranstaltung wird am 15. Februar 2012, ebenfalls in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung stattfinden. Interessierte SchülerInnen sind herzlich willkommen, sich bis zum 15.01.2012 per Telefon, E-Mail oder Post an das BfDT zu wenden:

#### **Kontakt:**

Markus Priesterath  
Friedrichstraße 50  
10117 Berlin  
Tel. 030-254504-463  
[markus.priesterath@bpb.bund.de](mailto:markus.priesterath@bpb.bund.de)

---

#### **„Wir müssen die Kinder stark machen!“ - Ein Nachmittag für das Ehrenamt "Vereine stark machen für Vielfalt im Fußball" am 21. Oktober 2011 in Berlin**

Am 21. Oktober 2011 kamen Vereinsmitglieder aus Berliner und Brandenburger Vereinen, Verbandsvertreter und Projektkoordinatoren im Alten Stadthaus von Berlin zusammen, um gemeinsam zu Themen wie Diskriminierung, Gewalt auf und am Rande des Fußballplatzes sowie Chancen der interkulturellen Öffnung zu diskutieren. Gemeinsam mit dem Berliner Fußball-Verband (BFV) und dem Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) organisierte das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) diesen Nachmittag für das Ehrenamt im Sport.

Nach und nach füllte sich am Freitagnachmittag der ehrwürdige Bärensaal in Berlins Mitte. Vor dem imposanten Stadtwappen wartete das Podium auf seine Redner am

Abend. Zunächst jedoch nahmen die rund 80 sportpolitisch engagierten Gäste Platz, um den prägnanten wie anschaulichen Begrüßungsworten Gerd Liesegangs, Vizepräsident des Berliner Fußball-Verbands und Botschafter für Demokratie und Toleranz des BfDT, zu zuhören. Liesegang, der hauptberuflich bei den Berliner Verkehrsbetrieben tätig ist und sein Amt als Vizepräsident rein ehrenamtlich ausübt, machte schnell deutlich, was dieser Nachmittag für den Fußball nicht sein sollte und zwar keine „Show-Veranstaltung“. Die Mehrheit der Anwesenden arbeitet selbst ehrenamtlich als Spielleiter, Trainer, Spielbeobachter oder ist ein engagiertes Elternteil. Auf Diskriminierung und Gewalt stoßen viele von ihnen bei Spielen der eigenen oder fremden Vereine. Sport ist auch ein Abbild gesamtgesellschaftlicher Prozesse. Gemeinsam mit qualifizierten Referenten aktuelle Probleme zu diskutieren und zu erfahren, an wen man sich wenden kann, wenn Hilfe benötigt wird, war das Ziel der fünf Workshops.

Gleich in den ersten beiden Workshops griffen die Veranstalter Reaktionen auf, die gar nicht selten so im Wortlaut auch zu vernehmen sind: „Was sollen wir denn noch alles machen?“ bzw. „Bei uns gibt es das nicht!“ Zunächst, und da waren sich alle Workshopteilnehmer wie Referenten einig, steht der Sport im Vordergrund. Er schafft es Kinder und Jugendliche zu begeistern, ihnen Ziele, aber auch Regeln im positiven Sinne vorzugeben. Doch hier können Probleme auftreten, die am Ende jeden betreffen: das Kind, das Elternteil, den Trainer, den Schiedsrichter und auch den Fan. Viele der Workshopteilnehmer berichteten immer wieder vom mangelnden Respekt und physischer wie psychischer Gewalt auf dem Spielfeld und am Spielfeldrand. Den Ehrenamtlichen der Vereine kommt hier eine enorme Verantwortung zu. Sie dürfen Beschimpfungen oder Tritte nicht ignorieren, sondern müssen sich mit den Vorkommnissen auseinandersetzen. Doch wie reagieren, wenn sich die Angesprochenen selbst in der Klärungssituation gewalttätig verhalten? Wie mobilisiere ich alle, d.h. auch die Eltern, die selten zu Vereinsspielen kommen, um gemeinsam über notwendige Regeln im Umgang miteinander zu diskutieren? Hier gibt es in und um Berlin zahlreiche Ansprechpartner und Modellprojekte, die Gerd Liesegang und sein Co-Referent Roland Keiner, der für die Kreuzberger Vereine zuständig ist, den Anwesenden vorstellten. Eine Teilnehmerin, die sich wissenschaftlich mit dem Thema Homophobie im Sport auseinandersetzt, brachte es schließlich auf den Punkt: „Es geht um diesen Dreiklang: Sehen – Zuhören – Reden.“ Damit unterstrich sie auch Gerd Liesegangs Fazit zum Schluss: „Bei uns gibt es das nicht, gibt es nicht! Vielleicht kennt nicht jeder Verein jedes Problem. Jeder Verein ist anders. Aber mindestens eines der hier genannten, ist jedem schon untergekommen. Jetzt kommt es darauf an zu handeln und nicht wegzusehen!“

Ein ebenfalls aktuelles Thema wurde im Workshop 5 aufgegriffen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft stellten sich die Frage: „Wie kann es gelingen, Mädchen- und Frauenfußball im Amateurbereich nachhaltig aufzubauen?“ Alle waren sich einig, dass ausreichend Bedarf vorhanden ist und gerade junge Mädchen großes Interesse am Fußball haben. „Zu uns kommen immer wieder Mädchen aus dem Kiez und fragen, ob sie bei uns mitmachen können. Wir müssen sie dann immer zu Türkiyemspor schicken, weil wir selbst noch keine Mädchenmannschaften gegründet haben. Das wollen wir jetzt ändern!“, erklärte ein Vereinsmitglied des KSF Anadolu-Umutspor aus Berlin-Kreuzberg. Andere waren bereits weiter, stießen bei ihrer Arbeit jedoch immer wieder auf Hindernisse. Schwierigkeiten auf dem Weg zu einem gelungenen Frauenfußball im Verein sind u.a. zu wenige ausgebildete Trainer und Übungsleiter, Platzmangel, Vorbehalte der Eltern, die sich einen anderen Sport für ihre Töchter wünschen, und kulturelle Besonderheiten bei Mädchen mit Migrationshintergrund. Um diese Hindernisse zu bewältigen erarbeiteten die Workshopteilnehmer drei Hauptlösungsansätze: Mehr Schulungen und Fortbildungen für Trainerinnen und Trainer im Bereich Mädchenfußball, mehr Frauen in die Ehrenämter des Vereins, um die Lobby des Frauenfußballs zu stärken und mehr interkulturelle Kompetenz und Aufklärung im Verein durch geschulte Fachkräfte. Bei einem waren sich am Ende alle einig: Die Zukunft des Frauenfußballs ist weiblich. „Denn statistisch gesehen“, so Marion Hornung, Vizepräsidentin des Landessportbunds Berlin, „ist das Entwicklungspotential im Männerfußball bereits ausgeschöpft. Wer also als Verein wachsen will, muss in den Frauenfußball investieren.“

Marion Hornung war es dann auch, die gemeinsam mit dem Präsidenten des Berliner Fußball-Verbandes, Bernd Schultz, dem Staatssekretär für Sport, Thomas Härtel, sowie Silvio Peritore vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma auf die einzelnen Workshopergebnisse und Empfehlungen einging. Deutlich wurde dabei abschließend, dass Jung wie Alt Anreize benötigen, um ein zeitintensives Ehrenamt auszufüllen. Hier wurden vom Berliner Senat bereits Schritte getan. So gibt es eine Ehrenamtskarte, die

Vergünstigungen anbietet, aber auch auf anderen Ebenen erkennt der Senat Ehrenamt an. So berichtete Staatssekretär Härtel von seinem eigenen Blick auf Bewerbungen und Biographien. Stehe dort ein Ehrenamt, sei dies ein Pluspunkt. Und auch wenn der BFV-Präsident Bernd Schultz kritisch anmerkte, dass die Bürokratie es den Ehrenamtlichen nicht immer unbedingt einfacher macht, konstatierten alle Beteiligten auf dem Podium, dass es sicherlich noch ein weiter Weg vom Wunsch zur Wirklichkeit sei, aber dass erste Meilensteine bereits gemeinsam gegangen worden sind. Schließlich einigt Sport und Politik das gemeinsame Ziel: Kinder für das Leben stark zu machen.

---

### **Beratungsnetzwerks verein(t) gegen Rechtsextremismus im Sport Erweiterung und Zusammenwachsen auf der Tagung am 1. und 2. November 2011**

Im Juni dieses Jahres berichtete das Bündnis für Demokratie und Toleranz-gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) vom ersten Arbeitstreffen des im Januar gegründeten Zusammenschlusses aus Politik und Sport gegen Rechtsextremismus. Die großen Sportverbände in Deutschland und ihre Landesorganisationen ebenso wie die Politik auf Kommunal- und Bundesebene stehen hinter dem Beratungsnetzwerk, das insbesondere für jene in den Vereinen landauf, landab Engagierten Unterstützung bieten will, die mit Extremismus, Gewalt oder Intoleranz konfrontiert sind bzw. präventiv agieren wollen. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sind Mitglieder im Beratungsnetzwerk.

Immer mehr Sportvereine in Deutschland setzen sich mit vielfältigen Ideen gegen Gewalt und Ausgrenzung ein. Es ist sicherlich auch der zunehmenden Anerkennungskultur zu verdanken, dass ihr über den Sport hinausgehendes Engagement gewürdigt wird. So zeichnen die Sportverbände Courage im Sport aus und auch das BfDT kann viele Sportvereine zu seinen Preisträgern im Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ zählen. Was Trainer, Spielleiter und ehrenamtliche Vorstände täglich auf dem Sportplatz oder in der Halle leisten, kommt nicht selten einer Jugendsozialarbeit gleich. Sie sind die ersten Ansprechpartner, wenn im Verein etwas nicht stimmt. Kommt es z.B. zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, sei es physischer oder psychischer Art, ist ihre Reaktion gefragt.

Auf Landes- und Regionalebene stehen den Sportvereinen z.B. die Landessportbünde zur Seite. Seitens der Ministerien leistet u.a. das Bündnis seit vielen Jahren Aufklärungsarbeit und das durch die bpb und das Bundesministerium des Innern getragene Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ bildet ehrenamtliche MultiplikatorInnen für die Beratungsarbeit gegen Extremismus und Gewalt vor Ort aus. Die Leiterin des Programms, Ute Seckendorf, wird von nun an das Beratungsnetzwerk um viel Knowhow und Erfahrungen bereichern.

Neben dem Rückblick auf abgeschlossene Aktivitäten und den Planungen für das kommende Quartal, stand das Online-Projekt „Guter Rat ist online“ im Vordergrund der Klausurtagung. Inhaltlich getragen von Teilen des Netzwerks, so u.a. durch die Deutsche Sportjugend (dsj) oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“, baut es auf der Arbeit der Onlineberatung gegen Rechtsextremismus auf, welche vom Verein gegen Vergessen – Für Demokratie gestellt wird. Dieses umfassende Informations- und Beratungsangebot soll für die Akteure des Sports nutzbar gemacht werden. Mit schnellen Klicks können Interessierte ab dem Frühjahr 2012 zu Hilfsangeboten, Argumentationstrainings und Kontaktpersonen in ihrer Region finden. Noch ist das Online-Projekt auf die neuen Bundesländer beschränkt, allerdings haben viele Module allgemeine Gültigkeit. Rechtzeitig zum Start von „Guter Rat ist online“ wird das BfDT darüber informieren.

Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks kommen wieder im Februar 2012 in Erfurt zusammen. Die nächste Veranstaltung zweier Organisationen innerhalb des Netzwerks wird die bundesweite Fachtagung „Sport mit Courage“ am 6. Dezember 2011 in Frankfurt am Main sein.

---

## **Neue Nutzungen, neue Infrastruktur, neue Beteiligungskultur Tagung der Stiftung Lebendige Stadt vom 9. bis 11. November in Dortmund**

Was macht es aus, in einem Stadtteil zuhause zu sein? Wie kann man mit finanzierbaren Konzepten Bürgern ein Gefühl der Identifikation mit ihrer Gegend vermitteln? Seit 2000 setzt sich die Stiftung „Lebendige Stadt“ unter diesen Fragestellungen für innovative Stadtplanung in ganz Deutschland ein. Vom 9. bis zum 11. November 2011 stand Dortmund im Fokus. Unter dem Motto „Die neue Stadt: neue Nutzungen, neue Infrastruktur, neue Beteiligungskultur?“ kamen prominente Vertreter aus Medien, Politik und Wirtschaft zusammen, um gemeinsam Heimat zu gestalten.

Zum Auftakt der Tagung wurde – wie jedes Jahr – der Preis der Stiftung verliehen, der vorbildliche Projekte als „Best-Practise-Beispiele“ ehrt. Dieses Jahr wurden Vorschläge aus der Kategorie „Die unverwechselbare Stadt – Identität, Marke, Heimat“ von Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, prämiert.

Welche Anforderungen heutzutage an moderne Stadtplaner gestellt werden, wurde schon durch die Bandbreite des Programmes verdeutlicht. Drei Tage lang konnten die Teilnehmer unter anderem mit Prof. Dr. Margot Käßmann über die Umfunktionsierung von Gotteshäusern diskutieren oder sich in einem Referat von Peter Maffay über das Engagement seiner Stiftung in einem rumänischen Dorf informieren. Besondere Schwerpunkte der Diskussion stellten neue Nutzungsmöglichkeiten, beispielsweise für Bergwerke oder Militäreinrichtungen und die Gewährleistung einer funktionierenden Infrastruktur dar.

Den großen Anklang, den die Tagung auch in Gesellschaft und Medien fand, verdeutlicht: Stadtplanung ist nicht nur Sache weniger Stadtplaner und Architekten. Spätestens seit den Protesten gegen „Stuttgart 21“ hat sich gezeigt, welche Konsequenzen es haben kann, Bürger nicht in große Bauvorhaben miteinzubeziehen. Deswegen wurde auf der Tagung einen Tag lang kontrovers diskutiert, wie sich Bürger heutzutage am besten einbringen können und sollten. Schon jetzt sind Genehmigungsverfahren und Entscheidungen oft so langwierig und kompliziert, dass der normal interessierte Bürger kaum noch hinterherkommen kann. Wie sieht also die Zukunft der Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung aus? Dieser Frage stellten sich in einer Podiumsdiskussion unter anderen Prof. Dr. Lütke Daldrup, Staatssekretär a.D. im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Markus Priesterath vom Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT). Anschließend konnten die Teilnehmer zusammen mit Hamburgs ehemaligem Oberbürgermeister Ole von Beust (CDU) über die Frage: „Volksentscheide – mehr Demokratie oder Flucht aus der Verantwortung?“ diskutieren.

Die Tagung hat viele Facetten der Städteplanung beleuchtet und damit wieder einmal verdeutlicht, wie komplex Entscheidungen um große Bauvorhaben, Volksentscheide oder Umwandlungen von Kirchen in Restaurants sein können. Und sie hat auch gezeigt: Ein wichtiger Faktor muss immer die Einbeziehung der Bürger sein, die sich für diesen Stadtteil und ihre Heimat engagieren. Das BfDT setzt sich deswegen seit elf Jahren dafür ein, Bürger bei ihrem gesellschaftlichen Engagement zu unterstützen, um eine lebendige Demokratie zu fördern.

---

## **Jugendbegegnung zum Volkstrauertag 2011 in Berlin Vom 11. bis zum 14. November trafen sich über 50 Jugendliche aus Deutschland und Polen**

Fünfundsechzig Millionen Tote in zwei Weltkriegen – der Beginn des Ersten Weltkrieges liegt fast Hundert Jahre zurück, doch seine Opfer sind immer noch eine Mahnung, sich für Frieden einzusetzen und Verständigung zwischen den Völkern zu fördern. Seit 1919 wird in Deutschland deshalb der Volkstrauertag begangen, bei dem auch 2011 unter dem Leitsatz: „Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden“ Kriegsoffern aus allen Nationen gedacht wird.

Der Landesverband Berlin im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. veranstaltete anlässlich dieses Gedenktages nicht nur eine zentrale Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, bei der am 13. November um 16 Uhr Bundesaußenminister a.D. Dr. Frank-Walter Steinmeier und Bundespräsident Christian

Wulff sprachen. Ein wichtiges Anliegen des Vereins ist es auch, Jugendliche für die Friedensarbeit zu sensibilisieren. Vom 11. bis zum 14. November organisierte der Landesverband deswegen eine Jugendbegegnung für über 50 Teilnehmer/innen aus ganz Deutschland und Polen. Vier Tage lang nahmen die Jugendlichen an Veranstaltungen und Workshops rund um den Volkstrauertag teil. Höhepunkt war für viele der Angereisten die Teilnahme an der Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag.

Doch auf der Begegnung wurde nicht nur der Toten gedacht. In einigen - in Kooperation mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) veranstalteten - Workshops beschäftigten sich die Teilnehmer auch mit Möglichkeiten der Prävention von Krieg und Gewalt. Wie kann man durch effektives ehrenamtliches Engagement friedliche und demokratische Werke stärken? Hierzu referierte unter anderem Markus Priesterath vom Bündnis für Demokratie und Toleranz, welches sich seit elf Jahren dafür einsetzt, ehrenamtliches Engagement zu fördern und zu vernetzen. Er stellte in zwei Workshops Beispiele und Möglichkeiten des Ehrenamts in Deutschland und auch International vor, um den Jugendlichen Impulse für ihre eigene Arbeit mitzugeben.

Die Jugendlichen erlebten intensive Tage des Gedenkens, verstanden die Jugendbegegnung aber auch als Aufruf, sich auch künftig für Frieden und Demokratie zu engagieren, um Krieg und Gewalt in Zukunft gemeinsam und stark entgegenzutreten zu können.

## **BFDT MITGLIEDER BERICHTEN**

### **Erbacher Jugendintegrationsprojekt: „Fußball und Musik – Sport, Spaß und Integration“**

von Gerhard Müller

Die Jugendsozialarbeit der Kreisstadt Erbach, die Lernstubb Michelstadt und die Schulsozialarbeit der Schule am Sportpark sind seit sechs Jahren mit dem Kooperationsprojekt „Fußball und Musik – Sport, Spaß & Integration“ sehr erfolgreich. Als städtischer Jugendsozialarbeiter von Erbach bin ich von Anfang an mit dabei und konnte miterleben, wie zahlreiche Aktionen im Rahmen unseres Projekts zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Erbach beigetragen haben.

Dass Integration durch Sport und Musik sehr gut gelingt, verdeutlichen die Teilnehmer- und Besucherzahlen unserer Veranstaltungen: teilweise sind es über 500 Kinder und Jugendliche aus zahlreichen Nationen. Unsere jährlich ausgetragene Fußballnacht ist das Highlight in der Region. Bis zu 24 Fußballteams treten hier gegeneinander an. Deren Fans gestalten phantasievolle Plakate, die teilweise selbst komponierte Musik begleitet zusammen mit den mitgebrachten CDs der Jugendlichen die Fußballspiele. Multikulti die ganze Nacht.

Auch greifen wir jährlich wichtige Themen in eigenen Kampagnen auf, u. a. Toleranz, Rassismus, Diskriminierung, Alkoholsucht und Gewaltprävention. Zusätzlich finden fünfmal wöchentlich Sportangebote für Jungen und Mädchen statt. In den Grundschulen integrieren wir auch die jüngsten Schüler – wir bezeichnen sie als „Marienkäfer“ - in unsere Projekte.

Wir entwickeln das Projekt ständig weiter. Es wurden Fußballassistentinnen ausgebildet, die als Multiplikatorinnen an vielen Sportstätten und Schulen den Mädchenfußball protegierten. Außerdem haben wir ein internationales Mädchenfußballteam gegründet, welches nach einem Jahr Training nun den Vereinsspielbetrieb aufgenommen hat. Die Mädchen kommen überwiegend aus der Türkei und Deutschland, aber auch aus Portugal und Tunesien. Sie spielen unter der Leitung einer jungen türkischen Trainerin, die über unser Projekt beim DFB ausgebildet worden ist. Mittlerweile sind es 30 Spielerinnen, Tendenz steigend. Inzwischen tragen die Erbacher Mädchen eigene Fußballturniere aus.

Hierbei setzen sich Jugendliche kickend gegen Diskriminierung ein. Die Fußballnacht und die Turniere sind mehr als nur Sportveranstaltungen. Jugendliche setzen sich mit Mitteln des Theaters und des Films mit dem Thema Toleranz auseinander. Diese Beiträge werden das ganze Jahr über an den Erbacher Schulen einstudiert und am Ende

Gästen aus Sport und Politik präsentiert. Und auch die Erbacher Musikszene ist immer wieder aktiv dabei. Erbacher Jugendliche haben schon mehrere Songs zum Thema Rassismus geschrieben und sie auf dem Fußballfest vorgestellt.

Die Botschaft des Festes ist eindeutig: Alle sechs Fußballplätze der Stadt sind rassistisfreie Zonen. Die Jugendlichen aus dem Projekt haben Schilder an den Plätzen angebracht und die Verantwortung für deren Einhaltung übernommen. In Kooperation mit dem Landkreis tragen alle aktiven Fußballspieler/innen die Spielführerbinde der UEFA mit der Aufschrift „unite against racism“ – „Vereinigt euch gegen Rassismus“. Diese Aktion ist in Deutschland einmalig.

Der Erfolg und die überregionale Anerkennung der Aktivitäten sind Ansporn und Verpflichtung zur Fortführung des Projektes. Fußball ist gelebte Integration. Dies zu leben ist Aufgabe von uns allen. Helfen Sie mit!

---

### **Familien im Stadtteil (FiS) – Nachbarschaftliche Hilfe für Bremerhaven**

von Uwe Säuberlich

Zu viele Kinder in Bremerhaven sind arm. Die Stadt leidet unter einer vergleichsweise hohen Langzeitarbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote. Diese finanzielle Not trifft Alleinerziehende oft besonders hart. 2001 führten Prof. Dr. Klaus D. Müller und Prof. Dr. Gert Gehrman von der Fachhochschule Frankfurt am Main gemeinsam mit mir eine Fachtagung in Bremerhaven durch. An dieser Fachtagung nahmen Sozialarbeiter von öffentlichen wie privaten Jugendhilfeträgern teil. Vorgestellt wurden dort unter anderem Projekte wie „Homestart“ und „Family First“, die überforderte Familien unterstützen und damit Gewalt vorbeugen. Die Projekte stießen sofort auf große Resonanz. So etwas brauchen wir hier in Bremerhaven auch, dachten wir uns!

Inzwischen können wir auf fünf erfolgreiche Jahre zurückblicken. Durch meine Arbeit habe ich zahlreiche Mütter und Väter kennengelernt, die ihren Alltagsstress nicht immer bewältigen können: sei es, weil sie sich gerade von ihrem Ehepartner getrennt haben, weil das vierte Kind gerade geboren wurde und keine Verwandten in der Nähe wohnen, um sich um die Geschwister zu kümmern oder einfach nur, weil der Kindergarten zu weit weg vom Arbeitsplatz liegt. Diese Überforderung kann zuweilen in Gewalt und Vernachlässigung der Kinder resultieren. Wir machen uns dafür stark, dass es gar nicht erst soweit kommen kann. Das präventive Programm „Familie im Stadtteil“ (FiS) in Bremerhaven richtet sich mit einem niederschweligen Angebot an Eltern und bietet ihnen kostenlose Hilfe bei der Kinderbetreuung an.

Die Initiative Jugendhilfe Bremerhaven (IJB) feiert 2011 ihren 25. Geburtstag. Ich bin Gründungsmitglied und seit fast zwei Jahrzehnten Vorstandsvorsitzender. Ich selber habe nur sehr kurz im Model FiS aktiv mitgearbeitet. Nach der Entwicklung koordiniere ich nun unser Projekt. Das FiS-Team besteht aus 5 Teamleiterinnen und 70 Mitarbeitern, die tagtäglich betroffene Familien besuchen und dort wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Diese reicht von Hausaufgabenbetreuung, bis zu pädagogischen Ratschlägen. Viele der sogenannten FiS-Assistentinnen und Assistenten kommen auch in die Familien, um mit den Kindern zu spielen, während die Mütter die freie Zeit nutzen, wichtige Einkäufe oder Behördenbesuche zu erledigen. Die einzige Voraussetzung für die Hilfe: Die Familien müssen von selbst auf uns zukommen. Weder möchten wir Eltern bei der Erziehung bevormunden, noch zu etwas drängen: deswegen kann die Hilfe auch jederzeit beendet werden und die Familien bestimmen, in welchem Umfang sie mit uns zusammenarbeiten möchten.

Unsere Hilfe ist auch langfristig wirksam. Von den 234 Familien, die wir 2010 betreut haben, hatten über 70 Prozent einen Migrationshintergrund. Einige von ihnen haben kaum Anschluss in Bremerhaven. Die Assistentinnen, die die gleiche Arbeit übernehmen, die auch sorgsame Nachbarn übernehmen könnten, helfen diesen Familien, sich hier wohlfühlen und Isolation vorzubeugen. Inzwischen ist sogar ein Netzwerk von Mitarbeitern und Eltern entstanden, das sich einmal im Monat zu einem selbst organisierten gemeinsamen Frühstück trifft. So haben sich viele ehemals rein professionelle Kontakte schnell in Freundschaften verwandelt und Mütter, die ehemals selbst die Hilfe des FiS-Programmes in Anspruch genommen haben, sind zu Mitarbeiterinnen geworden.

Wir freuen uns über diesen Zuwachs und eine weiterhin erfolgreiche Arbeit.



## **IMPRESSUM**

Bündnis für Demokratie und Toleranz  
Friedrichstraße 50  
10117 Berlin  
Tel. 030/ 25 45 04 466  
Fax 030/ 25 45 04 478

[zum Kontaktformular](#)